

**Stadt Braunschweig**  
Der Oberbürgermeister

**Protokoll**

**Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau**

---

**Sitzung:** Mittwoch, 01.11.2023

**Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

**Beginn:** 15:04 Uhr

**Ende:** 17:26 Uhr

---

**Anwesend**

**Vorsitz**

Herr Detlef Kühn - SPD

**Mitglieder**

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Burim Mehmeti - SPD

Herr Ulrich Volkmann - SPD

Herr Rochus Jonas - B90/GRÜNE

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

ab 15:23 Uhr

Frau Antoinette von Gronefeld - CDU

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

**weitere Mitglieder**

Frau Bianca Braunschweig - BIBS

bis 16:56 Uhr

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

bis 17:10 Uhr

Herr Carsten Lehmann - FDP

Frau Anneke vom Hofe - AfD

**sachkundige Bürger**

Herr Andreas Becker - SPD

Herr Hans-Joachim Jäger - CDU

Frau Christiane Kraatz - B90/GRÜNE

Herr Thomas Martin - Behindertenbeirat Braunschweig bis 16:56 Uhr

**Verwaltung**

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

Herr Stephan Kühl - FBL 60

Herr Wilhelm Eckermann - FBL 65

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Frau Katja Sellmann - stv. RefL 0600

Herr Georg Dirks - StL 61.31

Herr Bernd Schmidbauer – FBL 61

### **Protokollführung**

Herr Holger Ender - Ref. 0600

### **Abwesend**

#### **sachkundige Bürger**

Herr Godehard Busche - CDU entschuldigt

Herr Wulf Groth - B90/GRÜNE entschuldigt

Herr Leonhard Pelster - SPD entschuldigt

Herr Thomas Röver - Vertreter der Umweltverbände entschuldigt

#### **Verwaltung**

Herr Dirk Franke - RefL 0650 entschuldigt

### **Tagesordnung**

#### **Öffentlicher Teil:**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Mitteilungen
  - 2.1 Sachstand Studie "Festivalgelände" (Vortrag)
  - 2.2 Mündliche Mitteilungen
- 3 Anträge
  - 3.1 Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 in den Teilhaushalten FB 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle und FB 61 Stadtplanung und Geoinformation / Aufnahme in die TO der Sitzung am 01. November 2023 23-22182
  - 3.1.1 Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 in den Teilhaushalten FB 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle und FB 61 Stadtplanung und Geoinformation / Aufnahme in die TO der Sitzung am 01. November 2023 23-22182-01
  - 3.2 Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Baulandmodell Wohnen" 23-22295
- 4 Antrag der Braunschweiger Baugenossenschaft eG auf kommunal 23-22058

## Ie Wohnraumförderung

- |       |   |             |
|-------|---|-------------|
| 5     | Aufhebungssatzung für einen Teilbereich des Bebauungsplanes WI 50 vom 01.12.1970 sowie des Bebauungsplanes WI 47 vom 20.06.1968<br>Stadtgebiet: Grundstück Am Lehanger 14<br>Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss | 23-22172    |
| 6     | 23-22299 GS Stöckheim - Sanierung und Einrichtung GTB, Rüninger Weg 11, 38124 Braunschweig<br>Kostenerhöhung  |             |
| 7     | Zustimmung zur Anmietung von Flächen im Welfenhof Braunschweig,<br>Packhofpassage 3 und Jöddenstraße 11, 1. OG für das Referat 0300   | 23-21355    |
| 8     | Zustimmung zur Anmietung von Hallen-Flächen in der Donaustraße 20 für FB 37 (Feuerwehr) für die Einrichtung eines Bevölkerungsschutz-Lagers   | 23-21718    |
| 9     | Anfragen  |             |
| 9.1   | Globale Minderausgabe - Reduzierung der Personalaufwendungen für die Beratungsstelle des FB 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle  | 23-22135    |
| 9.1.1 | Globale Minderausgabe - Reduzierung der Personalaufwendungen für die Beratungsstelle des FB 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle  | 23-22135-01 |
| 9.2   | Mündliche Anfragen  |             |

## Protokoll

### Öffentlicher Teil:

#### 1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Er informiert, dass die Bürgermitglieder Pelster und Busche entschuldigt fehlen und kündigt an, dass die Vorlage 23-22299 unter TOP 6 von der Verwaltung zurückgezogen wird.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

#### Abstimmungsergebnis:

dafür: 10    dagegen: 0    Enthaltungen: 0

## 2. Mitteilungen

### 2.1. Sachstand Studie "Festivalgelände" (Vortrag)

Stadtbaudirektor Leuer führt in den Sachstand zur Standortsuche „Festivalgelände“ ein.

Herr Dirks stellt den Sachstand anhand einer Präsentation vor.

Protokollnotiz: Ratsherr Stühmeier nimmt ab 15:23 Uhr an der Sitzung teil.

Aus Sicht von Ratsfrau Jalyschko wurde die Auswahl der Standorte nachvollziehbar dargestellt. Hinsichtlich des Standortes Kennelbad hebt sie die Bedeutung für Freizeit- und Erholung hervor. Die Nutzung als Festivalgelände mit 5.000 Besucherinnen und Besuchern ohne Einschränkung für den Freizeitbetrieb zu gewährleisten sieht sie kritisch.

Herr Dirks bestätigt, dass beim Standort Kennelbad die größten Nutzungskonflikte bestehen. Der Standort bedarf daher im Falle einer schalltechnischen Realisierungsmöglichkeit einer genauen Betrachtung. Ziel ist es, einen Standort mit einer Genehmigungsmöglichkeit über 18 Tage hinaus zu erhalten.

Herr Dirks bestätigt auf Nachfrage von Ratsfrau Mundlos, dass die Anzahl von 18 Veranstaltungen für einen wirtschaftlichen Betrieb des Festivalgeländes zu gering ist.

Ratsherr Stühmeier bittet um Auskunft, welche weiteren, nicht städtischen Standorte für ein Festivalgelände in Frage kommen, zu standortbezogenen etwaigen Kostendifferenzen und zur weiteren Zeitschiene.

Hinsichtlich der nachgefragten Kosten verweist Herr Dirks auf die seitens der Kulturverwaltung genannte Grobschätzung von 1 - 2 Mio. Euro. Eine standortbezogene Untersuchung liegt noch nicht vor. Als nächsten dringenden Bearbeitungsschritt kündigt er die schalltechnische Machbarkeitsuntersuchung an. In den nächsten zwei bis drei Monaten werden die Ergebnisse zu den schalltechnischen Gutachten erwartet. Diese müssen zunächst vor weiteren Bearbeitungsschritten abgewartet werden. Andere Standorte als die genannten erweisen sich aufgrund der genannten Ausschlusskriterien als schwierig realisierbar.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Becker erläutert Herr Dirks, dass die Zuschauerkapazität für 5.000 Personen in Form von Stehplätzen geplant wird.

Herr Dirks informiert, dass es im Austausch mit der Kulturverwaltung als vorteilhaft angesehen wurde, wenn die Stadtverwaltung als Grundstückseigentümerin über die Betreiberschaft und das Kulturprogramm mitentscheiden kann.

#### Ergebnis:

Die Präsentation wird zur Kenntnis genommen.

### 2.2. Mündliche Mitteilungen

#### 2.2.1

Stadtbaudirektor Leuer informiert zur Thematik der Trinkwasserentnahmestellen über die Ablehnung des Sponsorings von BS|Energy. Als Begründung wurde neben einer erwarteten nicht ausreichenden Wasserabnahme der Bürgerinnen und Bürger eine nur geringe Werbewirkung angeführt.

### 3. Anträge

- |   |             |
|---|-------------|
| 3.1. Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 in den Teilhaushalten FB 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle und FB 61 Stadtplanung und Geoinformation / Aufnahme in die TO der Sitzung am 01. November 2023   | 23-22182    |
| 3.1.1. Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 in den Teilhaushalten FB 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle und FB 61 Stadtplanung und Geoinformation / Aufnahme in die TO der Sitzung am 01. November 2023 | 23-22182-01 |

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Stellungnahme 23-22182-01.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti verlässt um 15:53 Uhr die Sitzung.

Ratsfrau Jalyschko bittet die Verwaltung, die konkret betroffenen Personalstellen im Nachgang der Sitzung ergänzend mitzuteilen.

Protokollnotiz: Eine Übersicht über die Stellenvakanzen, auf die sich die für den FB 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle und den FB 61 Stadtplanung und Geoinformation gemeldeten Personalkostenanteile verteilen, wurde protokollarisch im Ratsinformationssystem Allris eingebunden:

<https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=1076206>

#### Beschluss zu Antrag 23-22182:

Die Verwaltung wird gebeten, gemäß § 49 (2) der Geschäftsordnung vom 16. November 2021 (für den Rat, den VA, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt BS) in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau am 01. November 2023 den Punkt „Globale Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023“ aufzunehmen. Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes wird die Verwaltung gebeten, die Umsetzung der globalen Minderausgabe in Höhe von aktuell 16.509.868 Euro im Haushaltsjahr 2023 (siehe Mitteilung 23-22033 vom 01.09.2023) für die Teilhaushalte FB 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle und FB 61 Stadtplanung und Geoinformation näher zu erläutern.

Diese Erläuterung sollte insbesondere folgende Fragen beantworten:

1. Wie kommen die jeweiligen Minderaufwendungen oder Mehrerträge der einzelnen Sparmaßnahmen zustande?
2. Welche Auswirkungen auf die Arbeit der Fachverwaltung haben die geplanten Einsparungen, insbesondere die beim Personalaufwand?
3. Werden durch die geplanten Einsparungen wichtige Aufgaben und Projekte, die vom Rat politisch beschlossen wurden, behindert oder verzögert?

#### Ergebnis zu Antrag 23-22182:

Der Antrag wurde in die Tagesordnung aufgenommen und das Sachthema beraten. Eine Abstimmung über den Antrag 23-22182 erfolgt nicht.

#### Ergebnis zu Stellungnahme 23-22182-01:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### 3.2. Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Baulandmodell Wohnen" 23-22295

Stadtbaudirektor Leuer beantwortet die im Antrag 23-22295 formulierten Fragen. Einleitend macht er deutlich, dass vor dem Hintergrund der Projektlaufzeiten und des seit Beschluss des Baulandmodells Wohnen im Juli 2022 vergangenen Zeitraums noch keine konkreten Ergebnisse vorliegen können. Darüber hinaus weist er auf den Anstieg von Inflation, Zinsentwicklung, Baukosten und Energiepreise als Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf das Baulandmodell hin.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti nimmt ab 15:59 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Zu 1.: Die Entwicklung der Mietpreise ist nach Auffassung von Stadtbaurat Leuer nicht exorbitant hoch. Er kündigt eine Neuerarbeitung des Mietspiegels an.

Die Verkaufspreise für fertiggestellten Wohnraum sind nach seiner Bewertung leicht rückläufig. Der Rückgang der Preise ist jedoch ins Verhältnis zu der Höchstpreisphase zuvor zu stellen. Ein Zusammenbrechen des Marktes vermag er jedoch nicht zu erkennen.

Der Verkaufspreis für Bauland orientiert sich an den Erwerbskosten und den Kosten für Erschließung und soziale Infrastruktur. Da die Verwaltung nicht rendite-orientiert handelt, bietet das Baulandmodell den Vorteil, mit einem geringeren Einkaufspreis und einem geringeren Verkaufspreis die Bauaktivitäten zu stützen.

Zu 2.: Als soziale Kriterien zählt Stadtbaurat Leuer exemplarisch die Stichworte barrierearm, bezahlbar, familienfreundlich, studentisch, alters- und behindertengerecht sowie gemeinschaftlich auf.

Zu 3.: Dieses befindet sich zurzeit noch Bearbeitung.

Zu 4.: Der Haushalt 2023/2024 wurde erst im September 2023 vom Land Niedersachsen genehmigt. Die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) hat einen neuen hauptamtlichen Geschäftsführer. Im Bereich Stadtplanung wurden bereits Stellen für die städtebauliche Kalkulation und Konzeptvergaben besetzt. Die Ausschreibung der Stellen für die Prozesssteuerung bzw. Strategie- und Programmentwicklung soll noch dieses Jahr erfolgen.

Zu 5.: siehe zu 1.

Zu 6.: Stadtbaurat Leuer verweist aus das Baugebiet Rautheim-Möncheberg (RA 29) mit 800 Wohneinheiten. Über den Sachstand hat die Verwaltung in der Sitzung dieses Ausschusses am 8. September 2023 berichtet.

Zu 7.: Diese Förderung fließt in die Konzeptvergaben ein. Über die Kinderanzahl wird der Kaufpreis für das Grundstück gesteuert. Aktuelle Erfahrungen im Zusammenhang mit der Anwendung des Baulandmodells liegen noch nicht vor.

Zu 8.: Aktuelle Erfahrungen im Zusammenhang mit der Anwendung des Baulandmodells liegen noch nicht vor.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn zur Neuerarbeitung des Mietspiegels erläutert Stadtbaurat Leuer, dass ein Mietspiegel alle zwei Jahre neu erstellt werden muss und dieser durch Indizierung um zwei Jahre verlängert werden kann. Die Verwaltung ist der Auffassung, dass eine Indizierung den Mietmarkt nicht hinreichend abbildet. Mit der Erarbeitung des neuen Mietspiegels wird jetzt begonnen und der Mietspiegel im Jahr 2024 vorgelegt.

Bürgermitglied Kraatz nennt Nachhaltigkeit und Flächenversiegelung als weitere Kriterien für die Vergabegrundlage von Einfamilienhäusern. Darüber hinaus bittet Bürgermitglied Kraatz, diesem Ausschuss das Konzept der Konzeptvergabe vorzustellen.

Stadtbaurat Leuer informiert über die in Erstellung befindliche Richtlinie zur Konzeptvergabe. Er sagt zu, diese Richtlinie dem Ausschuss als Information zur Kenntnis zu geben.

Zum Wunsch von Ratsherr Jonas nach einer Übersicht der in den Baugebieten entstehenden Wohneinheiten macht Stadtbaurat Leuer auf eine im Internet einsehbare Karte aufmerksam. Er unterstreicht, dass es sich bei den hier angegebenen Daten lediglich um Schätzwerke handelt.

Protokollnotiz: [https://www.braunschweig.de/leben/stadtplanung\\_bauen/wohnbaugebiete/index.php](https://www.braunschweig.de/leben/stadtplanung_bauen/wohnbaugebiete/index.php)

Zur weiteren Nachfrage von Ratsherr Jonas zur Gewichtung des Eigenkapitals bzw. des Einkommens bei den familienfreundlichen Vergabekriterien verweist Stadtbaurat Leuer auf die in Erstellung befindliche Richtlinie für die Konzeptvergabe, bei der entsprechende Überlegungen eine Berücksichtigung finden werden.

Stadtbaurat Leuer zeigt sich auf Nachfrage von Ratsfrau von Gronefeld zuversichtlich, die 30 Prozent-Quote im sozialen Wohnungsbau zuzüglich der Quote für das mittlere Preissegment (10 Prozent) in den Baugebieten Rautheim Möncheberg und Wenden-West zu erreichen, da die Stadt in beiden Gebieten zu 100 Prozent Grundstückseigentümerin ist.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird gebeten, in die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau am 1. November 2023 den Punkt „Baulandmodell Wohnen“ aufzunehmen und über den aktuellen Sachstand zu informieren.

Die folgenden Punkte sollen dabei schwerpunktmaßig beleuchtet werden:

1. Entwicklung der Mietpreise, der Verkaufspreise für Bauland und der Verkaufspreise für fertiggestellten Wohnraum (differenziert nach Einfamilien- und Mehrfamilienhäusern seit 01.01.2022)
2. Darstellung der „ermittelten Erwerbspreise“ sowie der sozialen Kriterien als Vergabegrundlage für Einfamilienhäuser
3. Bearbeitungsstand zum Aufbau des angekündigten Monitorings
4. Umsetzungsstand des erhöhten Personalbedarfs innerhalb der Verwaltung
5. Auswirkungen der aktuellen Zinsanstiege, gestiegener Baupreise und sonstiger Einflüsse auf die Bautätigkeiten
6. Darstellung der seit Juni 2022 begonnenen Entwicklung neuer Wohnbauflächen inklusive Anzahl der avisierten Wohneinheiten sowie der benötigten Konzepte
7. Erfahrungswerte mit der kommunalen Förderung für Familien mit Kindern und deren mögliche Weiterentwicklung
8. Sachstand zum verstärkten Einsatz von Erbbaurechten

**Ergebnis zu Antrag 23-22295:**

Der Antrag wurde in die Tagesordnung aufgenommen und das Sachthema beraten. Eine Abstimmung über den Antrag 23-22295 erfolgt nicht.

**4. Antrag der Braunschweiger Baugenossenschaft eG auf kommunale Wohnraumförderung 23-22058**

Stadtbaurat erläutert die Vorlage 23-22058.

Verschiedene Verständnisfragen werden beantwortet.

Protokollnotiz: Ratsherr Stühmeier verlässt um 16:41 Uhr (im Anschluss an die Abstimmung) die Sitzung.

**Beschluss:**

Der Braunschweiger Baugenossenschaft eG wird für die Realisierung von bezahlbarem Wohnraum in der Schuntersiedlung (Simonstraße, Bassestraße, Gmeinerstraße) vorbehaltlich der Gewährung von Landesfördermitteln eine Zuwendung i. H. v. bis zu 444.738,00 Euro gewährt.

**Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den FPDA):**

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**5. Aufhebungssatzung für einen Teilbereich des Bebauungsplanes  
WI 50 vom 01.12.1970 sowie des Bebauungsplanes WI 47 vom  
20.06.1968  
Stadtgebiet: Grundstück Am Lehanger 14  
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss**

23-22172

Protokollnotiz: Ratsfrau von Gronefeld verlässt um 16:53 Uhr die Sitzung.

Herr Schmidbauer führt ihn die Vorlage 23-22172 ein.

Auf Nachfrage von Ratsherr Mehmeti informiert Herr Schmidbauer, dass über die Vergabe- modalitäten (Verkauf oder Erbpacht) noch nicht entschieden wurde und das Planungsrecht (§ 34 BauGB) unabhängig von den Eigentumsverhältnissen gilt.

Herr Schmidbauer erläutert auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth zur Thematik der Konzeptvergabe, dass ein „Grundgerüst“ vorgesehen ist. Wichtig ist der Verwaltung, grundstücksspezifi- sche Schwerpunkte setzen zu können, um besondere Voraussetzungen für den jeweiligen Stadtteil/für das jeweilige Grundstück berücksichtigen zu können. Ein Standardkatalog, der für Bewerberinnen und Bewerber erhebliche Hürden darstellt, soll vermieden werden. Bei größeren Vorhaben soll das jeweilige Konzept in jedem Fall den Gremien vorgestellt werden.

Protokollnotiz: Ratsherr Stühmeier nimmt ab 16:47 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Johannes sagt Stadtbaurat Leuer eine Mitteilung an den Stadt- bezirksrat 221 Weststadt über diesen Satzungsbeschluss zu.

Zur Nachfrage von Ratsherr Kühn zur geplanten Anzahl an Wohneinheiten erläutert Stadt- baurat Leuer, dass die Verwaltung zur Anzahl der Wohneinheiten unter Beachtung der Dich- te einen Rahmen setzen wird. Hinsichtlich des Aspekts der sozialen Infrastruktur erfolgen zurzeit Abstimmungen mit der Sozialverwaltung. Erst hiernach kann die Verwaltung konkre- tere Aussagen zur Anzahl der Wohneinheiten treffen.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti verlässt um 16:55 Uhr die Sitzung.

**Beschluss:**

- "1. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ge- mäß § 4 (2) BauGB eingegangen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gem. den Anlagen Nr. 6 zu behandeln.
2. Die Aufhebungssatzung für einen Teilbereich der in der Sitzung ausgehängten Bebau- ungspläne WI 50 "Weststadt 5. Nachbarschaft" (Baublock 63/3b), nördlicher Teil, 2. Ände- rung, vom 01. Dezember 1970, und des Bebauungsplanes WI 47 "Weststadt 5. Nachbar- schaft" (Baublock 63/3b), nördlicher Teil, Urfassung, vom 20. Juni 1968 wird gem. § 1 (8) in Verbindung mit § 10 (1) BauGB beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung zur Aufhebungssatzung wird beschlossen."

**Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):**

dafür: 9      dagegen: 0      Enthaltungen: 0

**6. 23-22299 GS Stöckheim - Sanierung und Einrichtung GTB, Rü- ninger Weg 11, 38124 Braunschweig  
Kostenerhöhung**

Die Vorlage 23-22299 wird von der Verwaltung zurückgezogen.

**7. Zustimmung zur Anmietung von Flächen im Welfenhof Braunschweig, Packhofpassage 3 und Jöddenstraße 11, 1. OG für das Referat 0300**

23-21355

Stadtrat Herlitschke führt in die Vorlage 23-21355 ein.

Protokollnotiz: Ratsfrau von Gronefeld nimmt ab 16:58 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Tegethoff bittet um Auskunft zur aktuellen und auch langfristigen Unterbringung der Verwaltungseinheiten.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti nimmt ab 16:59 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 16:59 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti verlässt um 17:00 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Jonas verlässt um 17:01 Uhr die Sitzung.

Stadtrat Herlitschke informiert, dass die Verwaltungseinheiten auf wenige Standorte konzentriert werden sollen. Ziel der Verwaltung ist es, insbesondere kleine Standorte oder weit entfernte Standorte sukzessive abzumieten. Zu den aktuellen Standorten der Verwaltungseinheiten sagt Stadtrat Herlitschke eine Information im Nachgang der Sitzung zu. Hinsichtlich der Neuzuordnung nach Sanierung des Rathaus-Neubaus finden derzeit noch Abstimmungen statt. Sobald sich dies konkretisiert, sagt er eine Gremieninformation zu.

Protokollnotiz: Eine Übersicht zu den aktuellen Standorten/Nutzungen der Verwaltungseinheiten wurde in der Mitteilung außerhalb von Sitzungen 23-22440 zur Kenntnis gegeben.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti nimmt ab 17:02 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 17:03 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsherr Jonas nimmt ab 17:04 Uhr wieder an der Sitzung teil.

**Beschluss:**

Der Anmietung von Flächen im Welfenhof, Packhofpassage 3 und Jöddenstraße 11 für einen festen Zeitraum von 15 Jahren, mit dreimaliger Option um jeweils weitere fünf Jahre zu verlängern, wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

**8. Zustimmung zur Anmietung von Hallen-Flächen in der Donaustraße 20 für FB 37 (Feuerwehr) für die Einrichtung eines Bevölkerungsschutz-Lagers**

23-21718

Stadtrat Herlitschke führt in die Vorlage 23-21718 ein.

Auf Nachfrage von Ratsherr Tegethoff bestätigt Stadtrat Herlitschke, dass die vorgesehene Anmietung im Kontext des Konzepts der Bevölkerungsschutz-Leuchttürme steht. Hinsichtlich der Nutzung der angemieteten Fläche sagt Stadtrat Herlitschke eine Klärung im Nachgang der Sitzung zu.

Protokollnotiz: Auf den neu anzumietenden Flächen soll sämtliche Katastrophenschutz- und Zivilschutz-Ausstattung zentriert gelagert werden. Hierzu zählen u. a. Materialien der Bevölkerungsschutz-Leuchttürme, Materialien zur Trinkwassernotversorgung, Materialien der Bevölkerungsschutz- und Notstromgeneratoren.

**Beschluss:**

Der Anmietung von Flächen in der Donaustraße 20 für die Einrichtung eines Bevölkerungsschutz-Lagers für einen festen Zeitraum von 10 Jahren, mit der Option einmal um 5 Jahre zu verlängern, wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 11    dagegen: 0    Enthaltungen: 0

**9. Anfragen**

- |  |                    |
|--|--------------------|
| <b>9.1. Globale Minderausgabe - Reduzierung der Personalaufwendungen für die Beratungsstelle des FB 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle</b>   | <b>23-22135</b>    |
| <b>9.1.1. Globale Minderausgabe - Reduzierung der Personalaufwendungen für die Beratungsstelle des FB 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle</b> | <b>23-22135-01</b> |

**Ergebnis:**

Die Stellungnahme 23-22135-01 wird zur Kenntnis genommen.

**9.2. Mündliche Anfragen****9.2.1.**

Ratsfrau Kluth bittet die Verwaltung, Mitglieder dieses Ausschusses zur Auftaktveranstaltung „CoLiving Campus“ einzuladen. Sie erachtet dieses Projekt für sehr weitreichend für Braunschweig und damit für so bedeutend, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Politik daran partizipieren und vor Fassung eines Gremienbeschlusses auch Kenntnis über Stimmungen und Diskussionen erhalten.

Stadtrat Leuer sagt eine Weitergabe der Bitte an die Kulturverwaltung als Projektverantwortliche zu.

**9.2.2**

Ratsfrau Kluth bittet die Verwaltung zur Thematik „Gestaltungsbeiräte“ um eine Sachstandsmitteilung in einer der nächsten Sitzungen dieses Ausschusses.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn schließt die Sitzung um 17:26 Uhr.

gez. Kühn  
Kühn  
- Vorsitz -

gez. Leuer  
Leuer  
- Stadtbaurat -

gez. Herlitschke  
Herlitschke  
- Stadtrat -

gez. Ender  
Ender  
- Schriftführung -